

Abschiebung verhindern

Freitag, 11. September 2009

Bernhard Clasen, Bundestagskandidat für Die Linke. MG, der sich seit vielen Jahren aktiv für Flüchtlinge in Mönchengladbach einsetzt, appelliert ausdrücklich an die Verantwortlichen in der Stadtverwaltung, dass diese das Schicksal von etwa 150 Personen in Mönchengladbach im Auge behalten, die nach Ablauf des Jahres akut von Abschiebung bedroht sind.

Bei den betroffenen Personen handelt es sich ausnahmslos um Menschen, die seit vielen Jahren mit ihren Familien hier in Mönchengladbach leben, also um Menschen, die in hiesige Lebensstrukturen fest integriert sind und deren Kinder überwiegend hier geboren und aufgewachsen sind. Während die verantwortlichen Politiker auf Bundes-, bzw. Landesebene das Problem von bundesweit 10.000den Betroffenen lediglich vor sich her schieben, bemühen sich sämtliche mit der Thematik befassten sozialen Organisationen, Vereine, Kirchenverbände und zumindest vereinzelt auch VertreterInnen aus der Politik bereits seit Beginn des Jahres intensiv um die Entwicklung von Lösungsansätzen, die Abschiebungen nach dem Stichtag (31.12.2009) verhindern sollen.

In vielen – insbesondere auch nordrheinwestfälischen – Städten sind hierbei auch die städtischen Behörden auf unterschiedliche Weise beteiligt. So wurden etwa bereits vor Monaten seitens einiger Städte runde Tische einberufen oder entsprechende gemeinschaftliche Resolutionen verabschiedet.

Nach Ansicht von Clasen wird es daher nun auch für Mönchengladbach aufgrund der Brisanz der Angelegenheit höchste Zeit, die einzelnen sozialen Institutionen nicht mit ihrem vorhandenen großen Engagemt allein zu lassen, sondern im Namen der Stadt die Initiative zu ergreifen und zu einer gemeinsamen Lösungsfindung aufzurufen und einzuladen.